



BBU-Pressemitteilung
14.05.2020

Bundesverband
Bürgerinitiativen
Umweltschutz e.V.
Prinz-Albert-Str. 55
53113 Bonn
Tel.: +49 (0) 228 214032
Fax: +49 (0) 228 214033

bbu-bonn@t-online.de
www.bbu-online.de
www.facebook.com/bbu72

Rund 50 Organisationen gegen das "Planungssicherstellungsgesetz", Freitag (15.5.20) Abstimmung im Bundesrat

(Bonn, Berlin, 14.05.2020) Auf immer breitere Kritik stößt der Gesetzentwurf der Bundesregierung zum Planungssicherstellungsgesetz. Es betrifft fast alle zentralen Bereiche des Umweltrechts, beispielsweise das Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung, das Bundes-Immissionsschutzgesetz, das Kreislaufwirtschaftsgesetz, das Bundes-Berggesetz und das Atomgesetz. Eine gemeinsame Erklärung, die vom Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) initiiert wurde, haben inzwischen rund 50 Bürgerinitiativen und Umweltorganisationen unterschrieben. Entsprechende Schreiben gingen am Dienstag (12.5.) an die Bundestagsfraktionen von CDU/CSU, SPD, FPD, Die Linke und von Bündnis 90 / Die Grünen und jetzt auch an die Mitglieder des Bundesrates. Gefordert wird, dass Genehmigungsverfahren, in denen ein Erörterungstermin stattfinden kann oder muss, zunächst bis zum 30.9.2020 ausgesetzt werden. Dies hat der BBU auch Ende April bereits im Rahmen der schriftlichen Anhörung zum Gesetzentwurf dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit in einer Stellungnahme mitgeteilt. Der Bundesrat befasst sich am Freitag abschließend mit dem "Planungssicherstellungsgesetz" (TOP 72 !).

Hier der Wortlaut der gemeinsamen Erklärung der fast 50 Organisationen:

Am 7. Mai 2020 hat im Bundestag die erste Lesung zum drohenden "Planungssicherstellungsgesetz" stattgefunden. Es soll bereits am 15. Mai 2020 vom Bundesrat verabschiedet werden.

Vor dem Hintergrund der Corona-Krise sollen die Behörden geradezu gesetzlich ermutigt werden,

Erörterungstermine in eine völlig wirkungslose Online-Konsultation umzuwandeln oder – je nach Gesetz - ganz entfallen zu lassen. Die auch möglichen Telefon- bzw. Videokonferenzen verdienen diesen Namen nicht, da diese keinen Erörterungstermin in elektronischer Form darstellen, sondern nur die Online-Konsultation in mündlicher Form. Betroffen sind fast alle zentralen Bereiche des Umweltrechts, beispielsweise das Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung, das Bundes-Immissionsschutzgesetz, das Kreislaufwirtschaftsgesetz, das Bundes-Berggesetz und das Atomgesetz. Das Planungssicherstellungsgesetz soll weitgehend bis zum 31. März 2021 gelten. Wie sich die Übergangsregelung auswirkt, die das Außerkrafttreten des gesamten Gesetzes auf den 31.12.2025 terminiert, ist völlig unklar. Wir kritisieren, dass so im Windschatten der Corona-Krise umstrittene Großprojekte genehmigt werden können, ohne dass die Öffentlichkeit und die Umweltverbände wirksam Einfluss nehmen können. Wir fordern stattdessen, Genehmigungsverfahren, in denen ein Erörterungstermin stattfinden kann oder muss, bis zum 30.9.2020 auszusetzen und nach einer dann aktuellen Lagebeurteilung über zukünftige Schritte zu entscheiden. Dies hat der BBU bereits im Rahmen der schriftlichen Anhörung zum Gesetzentwurf dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit in einer Stellungnahme mitgeteilt:

<https://bbu-online.de/Stellungnahmen/BBU-Planungssicherstellungsgesetz.pdf>

Initiativen und Verbände können formlos weitere Unterstützungserklärungen für die gemeinsame Erklärung per E-Mail senden an udo.buchholz@bbu-bonn.de

UnterstützerInnen dieser Erklärung (Stand 14.05.2020, 14.30 Uhr):

1. Aktion "Strom ohne Atom" - BürgerInnen für eine neue Energiepolitik, Stuttgart
2. Aktionsbündnis Bahnwende - Heilbronner gegen S21
3. Aktionsbündnis Energiewende Heilbronn
4. Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen
5. Aktionsbündnis No Moor Fracking
6. Aktionsbündnis Stommelter Bürger "Leben ohne Braunkohle" (LoB)
7. Anti-Fracking-Arbeitskreis Nienburg
8. Arbeitsgemeinschaft AtomErbe Neckarwestheim:
9. Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD
10. Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau
11. Arbeitskreis Umwelt (AKU) Schüttorf
12. Bayern Allianz für Atomausstieg und Klimaschutz (BAAK)
13. BüfA Regensburg, Bündnis für Atomausstieg und erneuerbare Energien Regensburg
14. Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND), Kreisgruppe Nienburg/Weser
15. Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND), Ortsverband Karlsruhe
16. Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND), Kreisgruppe Burgenlandkreis
17. Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU)
18. Bündnis AgiEL (AtomkraftgegnerInnen im Emsland)
19. Bürgerinitiative Bergheinfeld
20. Bürgerinitiative „Dicke Luft“, Herne
21. Bürgerinitiative „Kein Atommüll in Ahaus“
22. Bürgerinitiative A7 Stromtrasse NEIN

23. Bürgerinitiative gegen den SüdOstLink Lützen
24. Bürgerinitiative gegen Ethylenoxid – Keine Fertigung in Niederkassel
25. Bürgerinitiative GegenGift Heilbronn/UnterLand
26. Bürgerinitiative Müll und Umwelt Karlsruhe
27. Bürgerinitiative Nachhaltige Zukunft Ebenung
28. Bürgerinitiative Stop Klärschlammverbrennung, Witten
29. Bürgerinitiative Strahlenschutz (BISS) Braunschweig
30. Bürgerinitiative Strahlenschutz (BISS) Leese
31. Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg
32. Bürgerinitiative Umweltschutz Offenburg, (BUO)
33. Bürgerinitiative UNS-STINKTS, Gelsenkirchen / Herne
34. Bürgerinitiative WAA NAA - BI gegen atomare Anlagen Weiden-Neustadt/WN
35. Elternverein Restrisiko Emsland
36. Initiative AtomErbe Obrigheim
37. Initiative für den sofortigen Atomausstieg (SOFA), Münster
38. Interessengemeinschaft Ickten, Essen
39. LAgAtom – Lüneburger Aktionsbündnis gegen Atom
40. Landesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (LBU) Niedersachsen
41. Natur- und Umweltschutzverein Gronau
42. NaturFreunde Sachsen-Anhalt
43. Parents For Future Hannover
44. Schutzgemeinschaft gegen Mülldeponie, Heßheim
45. Schutzgemeinschaft Hochwang
46. Schweinfurter Aktionsbündnis gegen Atomkraft (SWAB)
47. Stop Fracking - Bürgerinitiative für sauberes Wasser, Witten
48. Strahlenmessgruppe im Bund der Bürgerinitiativen Mittlerer Neckar
49. Umweltgruppe Wiedensahl

Weiterer Protest kommt vom Bündnis Gegen Gasbohren:

<https://www.gegen-gasbohren.de>